

„Eine Kehrtwende sieht anders aus!“

Hat der Papst dem Münchner Kardinal und der Kirche einen Gefallen getan? Die Ansichten gehen im Bistum Trier auseinander.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Die Reaktionen im Bistum Trier auf das abgelehnte Rücktrittsgesuch des Münchner Kardinals und ehemaligen Trierer Bischofs Reinhard Marx fallen unterschiedlich aus. Der Sprecher der Reformbewegung „Wir sind Kirche“, Hanspeter Schladt, sagt, er habe mit einer derartigen Entscheidung von Papst Franziskus gerechnet. Marx sei einer der wichtigsten Kardinäle an der Seite des Papstes. Er habe die Hoffnung, dass die Aufarbeitung des Missbrauchsskandals in der katholischen Kirche dennoch weitergehe. Schladt glaubt nicht, dass nun andere Bischöfe oder Priester, die sich in der Vergangenheit schuldig gemacht haben, nicht mit Konsequenzen zu rechnen hätten. „Der Kölner Kardinal Woelki muss trotzdem um sein Amt fürchten“, ist sich der Sprecher von „Wir sind Kirche“ sicher.

Der neue Chef des Katholikenrats im Bistum Trier, Herbert Caspar, begrüßt die Entscheidung des Papstes. Die Kirche sei seit elf Jahren in einer tiefen Krise. Und bei der Aufarbeitung müssten alle Verantwortung übernehmen, sagt der Vertreter des obersten Laiengremiums im Bistum. „Davor kann niemand fliehen.“ Die katholische Kirche müsse in ein anderes Fahrwasser kommen und benötige einen tiefgreifenden Reformprozess. Dafür stünden die (Erz-)Bischöfe Reinhard Marx, Georg Bätzing und Stephan Ackermann, aber nicht der Kölner Kardinal Woelki, so Katholikenrats-Chef Caspar.

Der Trierer Dechant Ralf Schmitz zeigt sich nach dem überraschenden Votum des Papstes entsetzt. Der überwiegende Respekt, der Marx von vielen Seiten entgegenge-

bracht worden sei, „ist mit dem Brief des Papstes verpufft“, sagte Schmitz unserer Zeitung. Dabei war er selbst schon fast verblüfft, als er am Freitag vor einer Woche vom Rücktrittsangebot des ehemaligen Trierer Bischofs gehört hatte. „Mein erster Gedanke: Klasse! Endlich mal einer, der eine Konsequenz zieht, die ihn „existenziell“ betrifft“, erinnert sich der Trierer Dechant.

Schmitz' Prognose nach dem Votum des Papstes: Neues Vertrauen bei den Gläubigen lasse sich auf diese Weise nicht gewinnen; auch wenn er selbst froh sei, dass Marx der deutschen Kirche erhalten bleibe. Als Folge könne nun jeder deutsche Bischof und Kardinal sagen: „Der Marx sollte ja auch bleiben ...“

„Ein eindeutiger und deutlicher Schritt in Richtung Umkehr und Heilung sieht anders aus.“

Stefan Hippler

Und dann macht der Trierer Dechant einen Vorschlag, der fast ein wenig ketzerisch klingt: Schade, dass die katholische Kirche bisher keine demokratischen Prozesse habe, in denen etwa dem Kirchenvolk die Vertrauensfrage gestellt werde oder ein Misstrauensantrag eingebracht werden könne. Die Bischöfe müssten doch wissen, ob das Kirchenvolk ihnen glaubt, meint Schmitz. Auch der gebürtige Bitburger Stefan Hippler ist enttäuscht über die jüngste Entwicklung. Zwar wolle er kein Urteil fällen, „aber ein klares Zeichen aus unserer Kirche heraus, eine Kehrtwende innerhalb der Kirche, ein eindeutiger und deutlicher Schritt in Richtung Umkehr und

Heilung sieht anders aus“, sagte der in Südafrika tätige Trierer Bistums-priester unserer Zeitung.

Papst Franziskus hatte den Münchner Kardinal und ehemaligen Trierer Bischof Reinhard Marx in einem am Donnerstag veröffentlichten Brief aufgefordert, weiter im Amt zu bleiben. „Das ist meine Antwort, lieber Bruder. Mach weiter, so wie Du es vorschlägst, aber als Erzbischof von München und Freising“, schreibt der Papst wörtlich. Eine knappe Woche zuvor hatte Marx bekanntgegeben, dass er dem Papst seinen Rücktritt angeboten habe. Im Kern gehe es ihm darum, „Mitverantwortung zu tragen für die Katastrophe des sexuellen Missbrauchs durch Amtsträger der Kirche in den vergangenen Jahrzehnten“, heißt es in dem Marx-Schreiben wörtlich.

Weil sie befürchten, dass sich die Kirchenoberen nun aus der Verantwortung stehlen könnten, haben Opfervereinigungen die Entscheidung des Papstes scharf kritisiert. „Warum soll jetzt noch jemand wegen Missbrauchs in der katholischen Kirche zurücktreten?“, sagte etwa der Sprecher des Trierer Vereins Missbit, Hermann Schell, unserer Zeitung.

Im Bistum Trier schreitet die Aufarbeitung indes – wenn auch im Vergleich zu anderen Bistümern eher gemächlich – voran. Der sogenannte Betroffenenbeirat hat nach einer Mitteilung des Bistums diese Woche seine Arbeit offiziell aufgenommen. Das fünfköpfige Gremium soll die Interessen von Opfern bei der Aufarbeitung von Missbrauch in der Diözese vertreten. In der Vergangenheit gab es auch Vertuschungsvorfälle gegen den Trierer Bischof Stephan Ackermann und seinen Vorgänger Reinhard Marx.



Hier steht er nun und darf nicht anders: Der ehemalige Trierer Bischof und heutige Münchner Kardinal Reinhard Marx muss nach einer Weisung des Papstes im Amt bleiben. FOTO: DPA

Kanzlerin auf Abschiedstour: Merkels letzter G7-Gipfel

Angela Merkel ist am Freitag nach Cornwall gereist - zum Treffen der führenden Industrienationen. Die Kanzlerin ist die dienstälteste G7-Regierungschefin- und wird den letzten Gipfel aus einem bestimmten Grund genießen.

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

CARBIS BAY Sie ist zurück auf der Weltbühne. Nicht virtuell, sondern persönlich. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat aufgrund der Corona-Pandemie lange Zeit auf Auslandsreisen verzichtet, Ausnahme war ab und an Brüssel. Doch am Freitag setzt ihre Maschine im südwestenglischen Cornwall auf. Es ist ihr letzter Gipfel im Kreis der Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrieländer (G7). Den wollte sie sich, bereits einmal geimpft, nicht von der Pandemie nehmen lassen. Ihr Ehemann Joachim Sauer begleitet sie. Beim Eintreffen am Freitagmittag hebt sie die Bedeutung von internationaler Zusammenarbeit hervor - so wie sie es in den vergangenen Jahren immer getan hat. Ihr Lob des Multilateralismus verhalte in den USA in der Ära des US-Präsidenten Donald Trump lange ungehört. Doch Merkel hat Trump politisch überlebt und trifft in Cornwall nun auf US-Präsident Joe Biden.

Biden zum ersten Mal als Präsident begegnen zu können, „ist natürlich etwas Wichtiges. Denn er präsentiert und repräsentiert das Bekenntnis zum Multilateralismus, das uns doch in den letzten Jahren gefehlt hat“, sagt Merkel vor dem kurz nach der Ankunft. „Deshalb werden wir hier ein starkes Wort für den Multilateralismus sagen und auch für den wertebasierten Multilateralismus“, betont die Kanzlerin. Dies werde „natürlich auch zu einer Auseinandersetzung mit Russland, aber auch in einigen Aspekten mit China führen“. Zugleich unter-



Angela Merkel und ihr Ehemann Joachim Sauer treffen beim G7-Gipfel ein. FOTO: AP

streicht sie: „Auf der anderen Seite brauchen wir alle in der Welt.“ Man wolle zusammenarbeiten, gerade in dem Bereich des Klimaschutzes und der Biodiversität. „Da werden wir niemals Lösungen ohne China erreichen.“

Merkel nennt als zentrale Themen des Gipfels die Überwindung der Corona-Pandemie und alle Fragen, die mit dem Impfen zusammenhängen. „Ich hoffe, dass wir hier sehr gute Ergebnisse erreichen, um zu zeigen: Wir denken nicht nur an uns, sondern wir denken auch an diejenigen, die noch keine Chance haben, geimpft zu werden“ - vor allem in den Ländern Afrikas, aber auch in anderen Ländern. Zudem

gehe es darum, wie man die Weltwirtschaft wieder ankurbeln könne. Sie freue sich auf die Diskussionen und auch auf den Empfang durch Prinz Charles und die Teilnahme der Queen. Die Beratungen „in einem wunderschönen Umfeld“ würden hoffentlich zu guten Resultaten führen. Darauf deuteten jedenfalls die Vorbereitungen hin. Man merkt: Die Kanzlerin freut sich. Sie hat ausgeharrt, kann sich als Verteidigerin des westlichen Wertekanons in der Ära der Trump-Jahre feiern lassen.

„Der Westen ist zurück“ - diese Botschaft steht hinter dem Cornwall-Gipfel. US-Präsident Biden will mit seiner Teilnahme an drei aufeinanderfolgenden Gipfeln - neben G7



Treffen in Carbis Bay: Charles Michel (von links), Präsident des Europäischen Rates, Yoshihide Suga, Premierminister von Japan, Angela Merkel, Bundeskanzlerin von Deutschland, Emmanuel Macron, Präsident von Frankreich, Boris Johnson, Premierminister von Großbritannien, Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, Joe Biden, Präsident der USA, Justin Trudeau, Premierminister von Kanada, und Mario Draghi, Ministerpräsident von Italien. FOTO: DPA

und Nato auch das EU-USA-Treffen am Montag - die enge Verbundenheit vor allem mit den europäischen Partnern demonstrieren. So kommt die Nachricht am Freitag auch nicht überraschend, dass Merkel am 15. Juli im Weißen Haus empfangen wird. Der Besuch der Kanzlerin werde „die engen bilateralen Verbindungen“ zwischen Deutschland und den USA stärken, hieß es am Mittag aus Washington.

Unter Trump gerieten die Treffen der G7 jedes Mal zu einem Vabanque-Spiel. Beim G7-Gipfel im kanadischen Charlevoix 2018 zum Beispiel: Heraus kam damals ein Minimalkonsens, bei dem Trump beim Kampf gegen den Plastikmüll

in den Ozeanen genauso ausschiede wie beim Dauerthema Klimaerwärmung. Kaum war der US-Präsident abgereist, zog er seine Zustimmung zu dem Papier gänzlich zurück. Das hatte es zuvor so noch nie gegeben.

Eine wichtige Nachricht gab es schon vor dem eigentlichen Gipfel. Der gastgebende britische Premierminister Boris Johnson erklärte, er erwarte Zusagen über eine Milliarde Impfdosen, die weltweit verteilt werden sollten. Deutschland kündigte an, bis Ende des Jahres 30 Millionen Impfdosen zu spenden. Diese sind Teil der europäischen Ankündigung, 100 Millionen Dosen zu spenden. Die Bundesregierung verwies darauf, dass Deutschland einer der

größten Geldgeber der Covax-Initiative zur Verteilung von Impfstoffen an arme Länder ist. Die USA haben eine Spende von 500 Millionen Dosen bis nächsten Juni angekündigt.

Ein bisschen Aufregung in der deutschen Delegation gab es vor der Ankunft der Kanzlerin. Ein Delegationsmitglied hatte sich vorsorglich in Isolation begeben, nachdem in einem Hotel in dem Ort St. Ives mehrere Corona-Fälle bekannt geworden seien. Und das im Virusvarianten-Gebiet. Die Pandemie ist eben noch nicht vorbei.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch